



April 2025

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl im Februar steht voraussichtlich vor ihrem Abschluss. Der Koalitionsvertrag wurde unterzeichnet. Er enthält auch wichtige Zielsetzungen zu den Bereichen Arbeit und Soziales.

In diesem Zusammenhang ist es für uns als Beschäftigte in den BA-Dienststellen inklusive der Familienkassen und in den Jobcentern nun wesentlich, ob, wie und in welchen Zeitschienen die vorgesehenen Änderungen in unseren Rechtskreisen und Aufgabengebieten tatsächlich umgesetzt werden sollen. So sicherlich insbesondere im Hinblick auf das

Bürgergeld und die Frage nach – rechtlich legitimierten – Sanktionsmöglichkeiten gegen sogenannte „Trotzverweigerer“. Wir hoffen, dass Augenmaß statt Populismus die tatsächliche Ausgestaltung der Handlungsansätze bestimmen wird.

Den Medien ist auch zu entnehmen, dass wohl ein Wechsel an der Spitze des Arbeitsministeriums anstehen soll. Dies werden sicherlich viele in der BA aufgrund der hohen Identifikation von Hubertus Heil mit Mitarbeitenden und Aufgaben der BA und Jobcenter – auch in öffentlichen Diskussionen – bedauern. Wir wünschen uns, dass eine adäquate Nachfolge gefunden wird.

Schon seit Februar beschäftigen uns die Strafzölle für Importe in die USA. Nun wurden tatsächlich zunächst von US-Präsident Donald Trump hohe Zölle auch für Importe aus Deutschland und vielen weiteren Ländern angekündigt, derzeit ist die Umsetzung ausgesetzt. Alles andere als gute Rahmenbedingungen für deutsche Firmen mit hohem Exportanteil in die USA in einer eh schon angespannten konjunkturellen Situation.

Erfreulich in diesem angespannten Umfeld war, dass sich vor der HPR-Sitzung der gesamte Vorstand der BA die Zeit für ein intensives Gespräch mit dem HPR-Vorstand genommen hat, um die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen für die BA inklusive der besonderen Dienststellen zu diskutieren. Insbesondere war die seit Monaten auch in den Bereichen der Arbeitsvermittlung, ob im arbeitnehmerorientierten Bereich oder in den Arbeitgeberservices steigende Belastung neben der langanhaltenden Belastung in den „konjunktureagiblen Bereichen“ Thema des Gesprächs.

Alle BA-Vorstandsmitglieder betonten, dass bei den Reaktionen auf die Situation durch alle Dienststellen eine rechtzeitige Information und Beteiligung der Gremien als selbstverständlich angesehen wird, ebenso die frühzeitige Einbindung des HPR (unabhängig von ggf. bestehenden formalen Beteiligungsrechten) – im Rahmen der beiden Zukunftsprojekte und deren Auswirkungen.



vbba – Gemeinsam Zukunft gestalten





Eine besondere Spannung merkt man derzeit – unabhängig von der Ebene – wenn man mit Mitarbeitenden der Internen Services oder anderer Einheiten spricht, die im Rahmen der weiteren Planungen des **Zukunftsprojekts intern** (ZuPi) ihre Wünsche für die zukünftige berufliche Tätigkeit äußern mussten. Einige Dienstpostenbeschreibungen sind recht abstrakt. Die Zuordnung zu Tätigkeitsebenen erscheint für manche Aufgaben nicht ausreichend. Die Verunsicherung ist bei vielen groß: Was passiert, wenn keiner der genannten Wünsche realisiert werden kann? Wie werden künftige Aufgaben und Führungsstrukturen ausgestaltet und gelebt? Im weiteren Verfahren nach Auswertung der Wünsche und erfolgter Planung der künftigen Ansätze der Mitarbeitenden erwarten wir einen besonders sensiblen Umgang bei den Gesprächen zur tatsächlichen Ansatzplanung! Hier sollte mit viel Empathie auf die neue Situation in geänderten und daher ungewohnten Strukturen eingegangen werden. Zu viele erfahrene Mitarbeitende haben den Fehlstart der Internen Services noch in „guter“ Erinnerung.

Wir begrüßen, dass es – nach entsprechenden Hinweisen – im geplanten Produktcenter Nachwuchskräfte Veränderungen dahingehend geben soll, die derzeitig regional unterschiedliche Anzahl der Fachausbilderinnen und Fachausbilder auch in der neuen Struktur adäquat abzubilden.

Mit der **Vorständin Leistungen und Internationales, Vanessa Ahuja**, konnten wir im Rahmen der HPR-Sitzung über die aktuelle Situation vor allem in den **Operativen Services** sprechen. Ihr sei bewusst, dass in den OS seit der Corona-Pandemie nicht mehr zu einem „Normalbetrieb“ zurückgekehrt werden konnte. In einer Meilensteinplanung werde auch weiter daran gearbeitet, insbesondere die AlgPlus Teams zu entlasten. Für uns unverständlich ist, dass manche RD-/OS-Bezirke hier weitergehende Maßnahmen ergreifen und so den Druck auf die Beschäftigten erhöhen.

Weitere Entlastungen und strukturelle Verbesserungen sollen sich für alle Aufgabenbereiche der OS aus den Strukturänderungen im Rahmen des **Zukunftsprojekts operativ** (ZuPo) ergeben. Hier müssen die OS auf jeden Fall krisenfester aufgestellt werden, wofür sie sich persönlich einsetzen wird. Es müsse eine auskömmliche Personalstruktur für Krisen, die nicht außergewöhnlich wie eine Pandemie seien, geben.

Prozesse seien bereits in vielen Punkten optimiert worden, doch könne eine Personalbedarfserhebung derzeit aufgrund des Betrachtungszeitraums von 3 Jahren keine gute Datenbasis liefern. Somit können die kurzfristigen Auswirkungen der konjunkturellen Verschlechterung auf die **aktuelle Belastungssituation** für die OS-Teams nicht abgebildet werden. Hier sollen aktuelle Personalbedarfe ermittelt und mit Ermächtigungen für befristete Arbeitsverträge reagiert werden, da ein anderes Vorgehen nicht schnell realisierbar ist. Derzeit werde geprüft, ob das Einführen der angekündigten hohen Zölle für Importe in die USA als Grund für eine KuG-Gewährung anerkannt werden könne.

Dagegen freut sich Vanessa Ahuja, dass sich die **Situation in der Familienkasse** deutlich entspannt habe. Es sei nun eine gute personelle Ausstattung erreicht worden, der Abbau von Rückständen sei gelungen. Dies zeigt sich u.a. an deutlich weniger Beschwerden. In einer der nächsten HPR-Sitzungen werden wir uns zur Familienkasse detailliert mit Martina Rauch, Geschäftsführerin Familienleistungen, zgl. Leiterin der Familienkasse, austauschen.





Susann Dengler, Geschäftsführerin Kundenprozesse, gab dem HPR einen Einblick zu den ersten RD-Berichten (Stand Mitte März) zur **Umsetzung der Weisung „Herausforderungen in der arbeitnehmerorientierten Vermittlung“**. In dieser hatte sich die Zentrale mit dem HPR auf ein stufenweises Vorgehen in den RD-Bezirken bzw. Agenturen sowie die frühzeitige Beteiligung der BPR/PR vereinbart. Zugriffe auf die eAkte wurde zwischenzeitlich wieder allen interessierten Vermittlungsfachkräften ermöglicht. Ein Austausch zu guten Praxisbeispielen unter den RD soll vorangetrieben werden. Es ist jedoch festzustellen, dass die Anpassung der Beratungszeiten sowie der Umgang mit der Betreuung der einzelnen Kundengruppen sehr unterschiedlich gehandhabt werden. Der HPR machte auf einige bedenkliche Entwicklungen und Vorgehensweisen aufmerksam, so werden z.B. die Stützungsleistungen u.a. von INGA-Teams, Teamleitungen und Stabsstellen teilweise anders gehandhabt, als dies die Weisung vorsieht. Dies betrifft leider auch die Einbindung der PR-Gremien. Der Austausch wird in den nächsten Monaten fortgesetzt.

Schon seit Jahren wird vom HPR und den Gewerkschaften immer wieder auf die besondere **Belastungssituation der Teamleitungen** in den BA-Dienststellen und Jobcentern hingewiesen. Viele Anfragen, auch manche Hilferufe, gehen immer wieder ein. Nun wurde endlich – was wir sehr begrüßen – eine Untersuchung nach wissenschaftlichen Standards zu den Aufgaben und Belastungsfaktoren für Teamleitungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind inzwischen ausgewertet und wurden uns im März vorgestellt. Handlungsbedarf gibt es für alle Teamleitungen, wenn die Druckpunkte z.B. durch die Zahl der Mitarbeitenden und der verschiedenen Aufgabenfülle auch unterschiedlich hoch sind. **Christian Rauch, Geschäftsführer POE**, hat in der April-Sitzung dem HPR nun zugesagt, dass aktuell daran gearbeitet wird, wie es Entlastungen in den als problematisch erkannten Aufgabengebieten geben kann und welche Handlungsansätze sich daraus ergeben. Die weitere Konzeptentwicklung soll mit dem HPR in Folge diskutiert werden.

Der HPR hat sich Anfang April mit einem **Schreiben an CDU, CSU und SPD** gewandt. Grund war die im Sondierungspapier aufgetauchte Passage zu einer möglichen Zusammenlegung von KiZ und Wohngeld. Das Schreiben wird in Kürze auf der [HPR-Seite im Social-Intranet](#) eingestellt.

Weitere Informationen aus der April-Sitzung

Flächeneinsatz des automatischen Passwort Reset Systems – APWR

Zukünftig wird im Startmenü auf eine Webseite verlinkt, über welche sich das Windows-Passwort zurücksetzen lässt, falls es vergessen wurde.

Dabei lassen sich Einstellungen für drei verschiedene Arten des Resets eingeben:

- Einmal-PIN, welcher dann über eine Handy-App abgerufen werden kann,
- Einmal-PIN, welcher per SMS zugeschickt wird und
- Benennung von zwei Vertrauenspersonen, welche jeweils die Hälfte eines PINs erhalten.

Die BA erhofft sich hiervon vor allem eine Entlastung der UHD-Hotline, da sich im Moment etwa 20-25% des Anrufvolumens auf das Zurücksetzen des Passworts beziehen.





Digitale Signierung von MS-Office-Dateien mit VBA im zweiten Quartal 2025

Im IT-Umfeld der BA und der gemeinsamen Einrichtungen werden die Produkte der Microsoft Office-Familie (Excel, Outlook, OneNote, PowerPoint und Word) eingesetzt. Zur erweiterten Aufgabenerledigung können Makros der Skriptsprache "Visual Basic for Applications" (VBA) in die Dateien integriert werden. Der Zugriff auf VBA-Code steht in MS-Office allen Anwendenden über die Registerkarte „Entwicklertools“ zur Verfügung. VBA-Makros können von allen Anwendenden geschrieben, verändert und ausgeführt werden.

Da Makros ein IT-Sicherheitsrisiko darstellen können, müssen VBA-Makros vor der Ausführung von Anwendenden auf Schadcode überprüft werden. Unbedenkliche Makros sollen eine digitale Signatur erhalten, dafür dürfen nur Zertifikate der BA-Public Key Infrastructure (BA-PKI) genutzt werden. Für die Signierung von MS Office-Dateien mit VBA-Makros wird allen Mitarbeitenden in Kürze ein webbasierter Self Service (Makrosignierungsservice) zur Verfügung gestellt.

Nach einer im Juni beginnenden Übergangsphase wird ab November per Gruppenrichtlinie (Policy) die Vorgabe gesetzt, dass nur noch signierte Makros ausführbar sind.

Herunterfahren E-Mails und Weiterentwicklung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung im Kundenportal SGB III

Es ist erklärtes Ziel der BA den Online-Kanal als führenden Kommunikationskanal weiter auszubauen und zu stärken. Hierdurch sollen Potentiale von Digitalisierung und Automatisierung vollumfänglich genutzt werden. Der für Kundinnen und Kunden als auch für die Organisation nachteilige und datenschutzrechtlich kritische Zugangsweg der freien E-Mails wird daher zugunsten besserer Alternativen eingeschränkt.

Die freien E-Mails der Liegenschaftspostfächer werden aktuell innerhalb des integrierten Kundenportals in der Eingangszone SGB III bearbeitet. Bereits seit 08.01.25 steht zur Einschränkung des E-Mail-Kanals im IM-Webshop die Funktionalität „E-Mail-Kommunikation“ zur Verfügung. Bei Aktivierung dieser Funktion durch die Auswahl der Option „Intern“ wird der Empfang von externen E-Mails unterbunden und eine Nachricht mit dem Hinweis der Unzustellbarkeit an die Absendenden übermittelt.

Für alle Liegenschaftspostfächer der Agenturen für Arbeit (Ortschaft@arbeitsagentur.de) soll diese Sperrung nun zentral zum 01.06.2025 vorgenommen werden.

Die Nutzung der technischen Sperre von E-Mail-Postfächern wird eine Kanalverschiebung auslösen. Ziel ist, dass die Verschiebung vom freien E-Mail- auf den Online-Kanal erfolgt und somit keine Mehrung der telefonischen Kontakte und persönlichen Vorsprachen die Folge ist – deshalb muss die Öffentlichkeit frühzeitig informiert werden.

Aus Sicht des HPR ist aber auch zwingend eine Anpassung des oben genannten „Unzustellbarkeitsberichts“ notwendig. Der Absender muss unbedingt auf mögliche Alternativen zum E-Mail-Postfach hingewiesen werden, um telefonische oder persönliche Rückfragen zu vermeiden.





Um der zu erwartenden Kanalverschiebung im Sinne einer kundenfreundlichen und ausgeglichenen Administration zu begegnen, werden verschiedene Prozesse neu definiert, um eine sinnvollere Abarbeitung zu ermöglichen.

- Telefonische Arbeitssuchendmeldungen von sog. Reaktivierungskunden verbleiben vollumfänglich im Servicecenter; somit wird künftig – wie vom HPR schon lange gefordert – die bisherige Trennung in der Aufgabenwahrnehmung vermieden.
- Die Bearbeitung von online Veränderungen an den persönlichen (Stamm)-Daten (eService-Veränderungsmitteilungen) erfolgt über die EAKTE in der Eingangszone.
- Übersandte Kontaktformulare zu Terminierungsthemen werden von der Eingangszone in den etablierten fünf Outlookpostfächern betreut.

Der HPR begrüßt grundsätzlich die Abschaffung des E-Mail-Kanals und die Optimierung der Prozesse, wird aber dennoch eine Stellungnahme abgeben, um auf notwendige Folgeanpassungen hinzuweisen.

Christian Löschner als neuer Bundesvorsitzender der vbba gewählt

Herzliche Glückwünsche

Im Rahmen der Sitzung des Bundeshauptvorstandes der vbba am vergangenen Freitag in Nürnberg wurde unser Fraktionskollege und Stellvertretende HPR-Vorsitzende **Christian Löschner** von den Delegierten in geheimer Wahl mit 95,6% der Stimmen zum neuen Bundesvorsitzenden der vbba gewählt.

Er folgt auf Waldemar Dombrowski, der im Herbst letzten Jahres als Zweiter Vorsitzender zum dbb gewechselt ist.

Lieber Christian, als Fraktionskolleginnen und -kollegen gratulieren wir ganz herzlich und freuen uns, dass Du diese sehr verantwortungsvolle Aufgabe für die vbba übernommen hast. Wir sind überzeugt, dass dies eine sehr gute Wahl ist!

Wir wünschen Dir die erforderliche Kraft, gute Ideen, Gesundheit und ein gutes Team in Deinem Umfeld, damit Du die neue Aufgabe engagiert und erfolgreich – in bekannter Manier – ausfüllen kannst! Unsere Unterstützung hast Du!

Christian Löschner wird seine Aufgaben im HPR weiterhin in bewährter Art und Weise zuverlässig und engagiert fortführen, worüber wir uns sehr freuen.





Die vbba im Hauptpersonalrat der BA



Gabriele
Schwerthfeger



Christian
Löschner



Heidrun
Osang



Sören
Deglow



Annette von
Brauchitsch-Lavaulx



Thorsten von
Schlichtkrull-Guse



Roger
Zipp



Christian
Roth



Karin
Schneider



Petra
Tschunko



Daniel
Richter

HPR-Vorstand

Christian Löschner (Stellv. HPR-Vorsitzender)

Ausschuss 1

Arbeitnehmer und Beamtenangelegenheiten
(inkl. Reisemanagement und Beihilfe);
Personalhaushalt und Personalbedarfsermittlung;
Gremienrecht (BPersVG, HPG, Stufenverfahren);
ERP-Personal, Interner Service Personal

Annette von Brauchitsch-Lavaulx (Stellv. Sprecherin)
Heidrun Osang
Thorsten von Schlichtkrull-Guse

Ausschuss 2

Personalentwicklung und -fürsorge (Vereinbarkeit
Beruf, Familie und Privatleben, BEM, BGM);
Aus- und Fortbildung

Karin Schneider
Petra Tschunko

Ausschuss 3

Markt und Integration (incl. LBB)

Sören Deglow
Christian Roth
Petra Tschunko
Roger Zipp

Ausschuss 4

Operativer Service; Kundenportal; Familienkasse

Heidrun Osang (Stellv. Sprecherin)
Annette von Brauchitsch-Lavaulx
Thorsten von Schlichtkrull-Guse
Gabriele Schwerthfeger
Roger Zipp

Ausschuss 5

Controlling und Finanzen (inkl. Inkasso und BNS);
ERP-Finanzen

Gabriele Schwerthfeger (Sprecherin)
Daniel Richter (Stellv. Sprecher)
Karin Schneider

Ausschuss 6

Allgemeine IT-Angelegenheiten; Infrastruktur;
Nachhaltigkeit

Sören Deglow
Daniel Richter
Christian Roth

